

Nach der Herbstsession im schönen Flims fand die Wintersession wieder in Bern im Bundeshaus statt, welches nur für die Sessionswochen von einer Baustelle in das fast gewohnte Bundeshaus aufgemöbelt wurde.

Kernpunkt in der Wintersession war neben den Wahlen der Nationalratspräsidentin und der neuen Bundespräsidentin aus Grünliberaler Sicht war die Differenzbereinigung zum StromVG und zum Energiegesetz. Dabei setzte sich der Kompromiss der UREK, in der Martin Bäumle Einsitz hat, einmal mehr durch: Die Förderung der erneuerbaren Energien und Massnahmen zur Energieeffizienz blieben im Gesetz oder wurden im Falle des Solarstroms wieder eingefügt. Mit einer Abgabe von 0.6 Rp./kWh auf dem Uebertragungsnetz wurde eine solide Finanzierungsgrundlage beschlossen, welche bis zu 300 Millionen pro Jahr für erneuerbare Energien bereitstellen könnte. Der Ständerat hat bezüglich Einführung einer nationalen Netzgesellschaft eine wegweisende Lösung für dieses natürliche Monopol gefunden, welches eine moderate Liberalisierung unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit ermöglicht. Diesem Weg hat sich der Nationalrat gegen den Willen der SVP angeschlossen und die Vorlage ging wieder an den Ständerat.

Die erste Woche stand ganz im Zeichen des Voranschlags und des Finanzplans. Dabei setzten sich Bundesrat und Finanzkommissionsmehrheit nach einer Monsterdebatte weitgehend durch und dem Voranschlag stimmten beide Räte letztlich (inklusive Martin Bäumle) zu.

Mit dem Rüstungsprogramm hat die Armee nach der Wintersession zwar wieder sehr viel Geld erhalten, aber nach dem Scheitern der Armeeereform (Herbstsession) eigentlich keinen klaren Auftrag mehr. Dem neuen Auftrag hätte Martin Bäumle ja noch zugestimmt, aber nicht den massiven Kosten des Rüstungsprogramms bei der angespannten Finanzlage, wo gleichzeitig beim Umweltschutz oder der Entwicklungshilfe weiter gespart werden soll... Zudem haben beide Räte auch einem weiteren subsidiären und moderaten WEF-Einsatz der Armee (inkl. M. Bäumle) zugestimmt.

Das EU-Forschungsprogramm 2007-2013 gab insofern zu reden, als dass die Grünen mit Unterstützung von Martin Bäumle die Finanzierung des neuen Fusionsversuchsreaktors ITER kritisierten, welcher Unsummen an Forschungsgeldern verschlingt. Dabei werden Schweizer Steuergeldern ohne Mitsprache der Bevölkerung bewilligt. Auf der anderen Seite müssen Projekte für Energieeffizienz (z.B. Minergie), neue Techniken wie die Brennstoffzelle und erneuerbare Energien immer noch um jeden Forschungsfranken kämpfen, obwohl deren Beitrag zur Lösung unserer Energieprobleme (Stichworte Klima und 2000 Watt-Gesellschaft) ein Vielfaches sein könnten und die Restrisiken deutlich geringer sind.

Pensionskasse des Bundes: Mit dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat hat der Nationalrat als Zweitrat endlich den notwendigen Schritt zu einer zeitgemässen Pensionskasse gemacht.

In den letzten Tagen wurden noch einzelne Differenzen bereinigt. So konnte das leidige Geschäft Verbandsbeschwerderecht endlich so abgeschlossen werden, dass die neue Gesetzgebung auch für die Umweltorganisationen trotz klarer und teilweise unnötiger Verschärfungen tragbar blieb. Immerhin gaben beide Räte dem fragwürdigen Antrag der FDP zur Verankerung ihrer Initiative nicht nach und beschlossen rechtstaatlich korrekt.

Beim Patentrecht wurden stark überproportional die wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt und auch z.B. die fragwürdige Patentierbarkeit von Gensequenzen (von Menschen, Tieren und Pflanzen) wurde trotz ethischer Bedenken (auch von Martin Bäumle) beschlossen.

Der Nationalrat unterstützte dann noch eine Motion, welche den Kantonen Bundesgelder zur Bewältigung des Unwetters 2005 bereitstellen sollte. Dabei sollen die Ausgaben - für wahrscheinliche Vorboten des Klimawandels - unsinnigerweise beim UVEK „kompensiert“ werden und damit könnten wiederum Vorsorgemassnahmen gegen den Klimawandel auf der Strecke bleiben. Erstaunlicherweise engagierten sich hier v.a. (Regional-)Politiker, die sonst a) fast überall massiv sparen wollen und b) Massnahmen zur Eindämmung des Klimawandels als unnötig ablehnen...ein schizophreneres Verhalten der Mehrheit des Parlamentes zum Abschluss der Session.

Wie geplant reichte Martin Bäumle in der letzten Woche noch eine Motion zum Thema Minergie ein, welche er mit Jugendlichen an der Jugendsession in Flims erarbeitet hat.

Mit herzlichen Grüssen  
Nationalrat

Martin Bäumle